

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 42 Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 3 Loty 5.—, wöchentlich 3 Loty 1.25; Ausland: monatlich 3 Loty 8.—, jährlich 3 Loty 96.—, Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—5.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespartene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespartene 9. Jahrg. Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text in die Druckzeile 1.— Loty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Urteil im Centrolew-Prozess

Chodynki, Schnowiecki und Kusial zu je 4 Jahren Gefängnis, Bylinski und Roguski zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Dziengielewski, Szulman und Ruszkiewicz freigesprochen.

Die Niederlegung der Verteidigung seitens der Rechtsanwälte im Prozeß wegen der blutigen Vorfälle am 14. September in Warschau hatte den Charakter der Gerichtsverhandlung von Grund auf geändert. Auf welche Weise die Verhandlung ohne Verteidiger fortgeführt wurde, geht schon allein aus der nachstehenden kleinen Gegenüberstellung hervor. Während nämlich in den ersten fünf Verhandlungstagen im Beisein der Verteidiger kaum 40 Zeugen vernommen wurden, hat es der Vorsitzende Neumann am Dienstag, nachdem die Verteidiger den Saal verlassen hatten, fertig gebracht, fast 50 Zeugen zu verhören. Die Verteidiger waren fort, die Angeklagten hatten eingesehen, daß in diesem Prozeß jedes weitere Wort verloren ist, darum ging auch alles „wie am Schnürchen“. Ebenso war es auch gestern der Fall, und während die Dauer des Prozesses auf 10 Tage berechnet war, wurde dieser bereits gestern beendet, wobei die Angeklagten, wie nicht anders zu erwarten war, verurteilt wurden.

Für gestern, dem 6. Verhandlungstage, verblieben noch 8 Zeugen zu verhören, deren Verhör aber schon nach kurzer Zeit beendet war. Zunächst wurde der Chefredakteur des „Kołoinik“ Abg. Niebziakowski aufgerufen, der feststellt, daß nach Abschluß der Versammlung im Saale der „Dolina Szmaragista“ die Versammelten vom Abg. Werszewski aufgefordert wurden, auseinanderzugehen, welcher Aufforderung auch der Angeklagte Dziengielewski beigepflichtet hat. Dies sei dann auch geschehen.

Die Angeklagten verhielten sich auch während der gestrigen Verhandlung völlig passiv und stellten an die Zeugen keinerlei Fragen.

Als zweiter Zeuge sagt der Oberpolizist Karol Jelski aus, der einige während der Manifestation festgenommene Personen einer Leibesvisitation unterzogen hatte. Auf die Frage des Vorsitzenden, wem er einen Revolver abgenommen habe, antwortet der Zeuge: „Jemandem Dziengielewski“. Da ihn der Vorsitzende jedoch darüber aufklärt, daß es einen solchen unter den Angeklagten gar nicht gebe, wird der Zeuge für einen Augenblick verwirrt, gewinnt aber die Sicherheit nach einigen Augenblicken wieder, indem er auf den auf der Anklagebank sitzenden Angeklagten Bylinski weist und diesen als denjenigen bezeichnet, bei dem er den Revolver gefunden hat.

In der weiteren Folge werden die Zeugen Karl Bem und Wincenty Gonsiewski vernommen. Beide sind bucklig, Mitglieder der P.P.S. und haben an der Versammlung im Saale teilgenommen. Sie wurden von der Verteidigung deshalb vorgeladen, weil der Angeklagte Kusial von einigen Belastungszeugen nur daran erkannt wurde, daß er bucklig ist. Durch die Vorladung dieser beiden Zeugen sollte nachgewiesen werden, daß dieses Merkmal eines körperlichen Fehlers kein genügendes Erkennungszeichen für einen Menschen ist und Kusial mit einem anderen Buckligen, der an der Versammlung teilgenommen hat, verwechselt worden sein konnte.

Die übrigen zwei Zeugen, der berüchtigte Porzycki und Stefaniał, sind nicht erschienen.

Der Vorsitzende: Der Zeuge Stefaniał ist vom Angeklagten Szulman genannt worden. Verzichtet der Angeklagte auf diesen Zeugen?

Angeklagter Szulman: Mir ist es ohne Unterschied. Auf Antrag des Staatsanwalts wird festgestellt, ob Porzycki vernehmungsfähig ist oder nicht. Die Gerichtslanzlei stellt fest, daß Porzycki schwer krank sei (zu der Kopfverletzung soll sich eine Lungenentzündung hinzugesellt haben) und nach dem Gericht nicht kommen könne. Das Gericht beschließt dann, die von Porzycki gemachten Aussagen zu verlesen. Durch die Aussagen Porzyckis werden in erster Linie Chodynki, Dziengielewski und Ruszkiewicz belastet, im allgemeinen bedenken sie sich aber mit dem, was Porzycki bereits im „Bombenprozeß“ ausgesagt hat.

Hiermit war das Gerichtsverfahren beendet und der Vorsitzende ordnet eine Unterbrechung an. Nach der Unterbrechung sprach noch der Staatsanwalt. Die Angeklagten verzichteten auf das letzte Wort.

Um 4 Uhr nachmittags verkündete Vorsitzender Neumann

das Urteil,

das wie folgt lautet: Der ehem. Abg. Edmund Chodynki, der Redakteur der „Chlopska Prawda“ Marjan Synowiecki und Jozef Kusial werden zu je 4 Jahren Gefängnis, die Angeklagten Wladyslaw Roguski und Jan Bylinski zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen drei Angeklagten, und zwar der ehem. Abg. Dziengielewski, Edmund Szulman und Antoni Ruszkiewicz werden freigesprochen. Die Angelegenheit der Frau Dr. Budzinska-Tylicza wurde bekanntlich wegen der Krankheit der Angeklagten abgelehnt.

In der Urteilsbegründung heißt es: Zweifellos nach-

gewiesen wurde, daß am 14. September 1930 eine Straßenumgebung organisiert wurde und daß Chodynki und Synowiecki, obwohl die Straßenumgebung verboten war, am Tage vorher Waffen verteilt hätten; daß bei den am Ort festgenommenen Angeklagten Bylinski, Roguski und Kusial Schusswaffen vorgefunden worden seien, wobei Kusial von der Waffe Gebrauch gemacht habe. Was Dziengielewski, Szulman und Ruszkiewicz anbetrifft, so könne das Gericht nicht hinreichend nachweisen, daß diese an der Organisation des Umzuges mitgeholfen haben. Als strafmildernde habe das Gericht die damalige politische Lage in Betracht gezogen und das niedrigste Strafmaß angewandt.

Professoren sollen die Bresster Schandtat unterforschen.

Ein Antrag der P.P.S. und des Bauernklubs in der Bresster Angelegenheit im Sejm. — Was wird die Regierungsmehrheit tun?

Wie jetzt bekannt wird, werden die Sejmklubs der P.P.S. und der Bauernparteien am Freitag im Sejm einen Gesetzesentwurf einbringen, auf Grund dessen eine besondere Untersuchungskommission gebildet werden soll, die die Zustände im Bresster Gefängnis zur Zeit der Gefangenhaltung der ehemaligen Abgeordneten untersuchen soll. Die dem Gesetzesentwurf zufolge soll die Untersuchungskommission aus 10 Personen bestehen, und zwar nicht aus Abgeordneten, sondern aus Professoren der juristischen Fakultäten der fünf polnischen Hochschulen. Jede juristische Fakultät soll je zwei Mitglieder und je zwei Vertreter in die Kommission entsenden. Die Kommissionsmitglieder sollen die Machtbefugnisse eines Untersuchungsrichters besitzen mit Ausnahme des Verhaftungsrechts.

In der Begründung des Antrages heißt es u. a.: Der einzige Weg zur Wiederumkehr des Unrechts wäre die Bestrafung der für die begangenen Schandtat verantwortlichen Personen und im Falle der Haltlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen eine Bestrafung der Verleumder, die solche Lügen ausgebracht haben. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten Slawek in dieser Angelegenheit, der den Tatbestand untersucht hat, wirken durchaus nicht überzeugend, umso mehr, als im Sinne der Gesetze und der Verfassung der Ministerpräsident nicht die berufene Instanz zur Untersuchung von Verbrechen ist. Dazu sind vor allen Dingen der Staatsanwalt und die Gerichte berufen. Aber weder das hierfür zuständige Ministerium noch der Staatsanwalt haben bisher etwas unternommen, was eine objektive Feststellung der Tatsachen zum Ziele haben würde. Dies beweist wiederum, daß alles angewandt wird, um die Wahrheit nicht ans Tageslicht kommen zu lassen. Im Interesse des Volkes liegt es aber, daß die Wahrheit über die Mißhandlung der Gefangenen enthüllt und Polen von dieser Schmach wieder befreit wird. Darum wollen wir, heißt es in der Begründung zum Schluß, mit der Feststellung der Tatsachen Männer der Wissenschaft betrauen, die über allen Parteien stehen und beim Volke Autorität besitzen.

Es bleibt nunmehr abzuwarten, welchen Standpunkt die Regierungsmehrheit gegenüber diesem Gesetzesentwurf einnehmen wird. Wird sie ihn ablehnen, so fällt die ganze moralische Mitschuld an den Bresster Verbrechen auf sie.

Das Budget in 2. Lesung angenommen.

In der gestrigen Sejmung wurden die Budgetberatungen beendet und das Budget in zweiter Lesung angenommen. Bei der Abstimmung wurden sämtliche Anträge der Opposition abgelehnt und nur die wenigen Verbesserungsvorschläge der Regierung angenommen. Nach der endgültigen Erledigung des Budgets in zweiter Lesung stellt sich dieses in folgenden Ziffern dar: Ausgaben

2 843 003 780 Loty, Einnahmen 2 857 711 474 Loty. Die dritte Lesung des Budgets soll in der Freitagssitzung des Sejm erfolgen, worauf das Budget an den Senat übersandt wird. Die Plenarsitzungen des Sejm werden sodann eine Unterbrechung von einer Woche erfahren.

Die Erhöhung der Einkommensteuer von der Sejmkommission bereits beschlossen

Wir berichteten gestern ausführlich über den im Sejm eingebrachten Gesetzesentwurf der Regierung, der eine 10-prozentige Erhöhung verschiedener Steuern, u. a. auch der Einkommensteuer von Gehältern und Löhnen vorsieht. Mit der Verwirklichung dieser Steuererhöhung hat es die Regierung sehr eilig. Am Montag fand die erste Lesung im Sejmplenium statt. Schon am Dienstag wurde diese Angelegenheit in der Budgetkommission behandelt und endgültig erledigt. Das Referat hierüber erstattete der BB.-Abgeordnete Polakiewicz, der im Hinblick auf die schwere finanzielle Lage des Staates die Annahme des Gesetzes empfahl. Abg. Rybarcki (Nationaler Klub) verwies darauf, daß dies bereits die dritte neue Steuer sei, die der Sejm bewilligen soll. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Fehlbeträge in der Staatskasse durch Ersparnisse gedeckt werden müßten, und lehnt daher im Namen seines Klubs den Regierungsentwurf ab. Abg. Chodynki (P.P.S.) verlangt, daß die 10prozentige Erhöhung sich nicht auf die Einkommensteuer von Gehältern und Löhnen beziehen dürfe. Abg. Czapiński (P.P.S.) schlägt vor, daß das von der Regierung eingebrachte Gesetz nur ein Jahr lang Gültigkeit haben soll. Abg. Rosmarin (Zube) unterstützt den Vorschlag Czapiński. In der Abstimmung wurden sämtliche Anträge der Opposition mit den Stimmen der BB. abgelehnt. Der Gesetzesentwurf der Regierung wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Wahrscheinlich wird der Entwurf schon in den allernächsten Tagen dem Plenum zugehen. Es wird also nicht mehr lange dauern, und die Arbeiter und Angestellten werden sich den hübschen Betrag von 9 Millionen Loty jährlich von ihren Gehältern und Löhnen abziehen lassen müssen. Insgesamt gewinnt der Staatsschatz durch die 10prozentige Steuererhöhung jährlich 125 Millionen Loty.

Diese neue Steuerbelastung hat übrigens in den Reihen der Sanacjaanhänger auch viel Unwillen erregt. Sogar das größte Sanacjaorgan „Ziustronany Kurier Krakowski“ hat gestern entschieden gegen den Regierungsentwurf Stellung genommen. „Die natürliche Grenze der Besteuerung in Polen — schreibt das Blatt — ist schon längst überschritten worden. Im Interesse des Staatsschatzes müßten also die Steuerlasten eher herabgesetzt als erhöht werden.“

Entscheidung in Deutschland

Die deutschen Nationalsozialisten haben einen gründlichen Reifall erlebt. Reichkanzler Brüning hat seit Wochen erkannt, daß mit diesen Kreisen eine Politik der Vertrauenswerbung um die Kreditfähigkeit Deutschlands nicht zu treiben ist und hat dieser Tatsache bei seiner großen Staatsrede im Reichstag Ausdruck gegeben. Mit einer Offenheit, die wir lange haben vermessen müssen, gab der Kanzler zu verstehen, daß die Reichsregierung jegliche Diktaturpläne ablehnen müsse, also ein Zeichen, daß aus gewissen Kreisen dem Kanzler bei den Vorverhandlungen solche Pläne nahegelegt wurden, und daß es das Bestreben des Reichstages sein muß, den Haushalt auf parlamentarischem Wege zu erledigen. Nach dieser Erklärung war es offenbar, daß der Reichkanzler nicht gewillt ist, sich auf Abenteuer einzulassen, die ihm selbst von der Deutschen Volkspartei nahegelegt wurden, ein sogenanntes Direktorium einzuberufen, falls der Reichstag versagen würde. Die Vorverhandlungen mit den Parteien haben dem Reichkanzler bewiesen, daß er die Politik des Vertrauens nur mit einer Partei treiben könne, die diesen Staat als Republik ausbauen und ihn, allen Gewalten zum Trotz, als Sozialstaat durchsetzen will.

Noch vor Tagen sprach man von einer Galgenfrist, die der Regierung Brüning gegeben ist, und daß sie über den Haushalt stürzen oder wieder zum Ausnahmeartikel greifen muß, wenn sie über den Etat hinauskommen will. Der Ansturm, der bereits vor der Völkerverbundstagung einsetzte, war nichts mehr und nichts weniger, als der Plan einer Umkehr von der Erfüllungspolitik, die sogar die Abenteuer eines Krieges nicht verschmähte, wie dies insbesondere aus den nationalsozialistischen Blättern hervorging. Die Diktatur des Kanzlers hat auch nicht wenig dazu beigetragen, diese Stimmung zu stärken und der Empfang, der zum Teil dem Reichkanzler bereitet wurde, war kein erhebendes Bild. Brüning vermochte sich lange Zeit nicht zu entscheiden, welchen Weg er gehen soll, zumal gerade im Kreise des Reichspräsidenten Strömungen am Werk waren, die zum Versuch gerieten, einmal mit den Rechtskreisen eine große politische Linie einzuschlagen, um die Revision der Friedensverträge, insbesondere aber die Revision des Youngplans, durchzuführen. Die Genfer Verhandlungen haben dem Außenminister, und wohl auch dem ganzen Kabinett, bewiesen, daß das Ausland nicht geneigt ist, diesen Plänen zu folgen, so lange in Deutschland ein politisches Chaos herrscht, welches den ganzen Staat gefährdet. Eine Einheitsfront von Eugenberg über Hitler zu Thälmann war in Bildung begriffen, und der Reichkanzler sollte infolge seiner wankenden Haltung die Plattform bieten, auf welcher das dritte Reich der Götter-Friede errichtet werden sollte. Als diese Pläne nicht gelangen, entschieden sich die Nationalsozialisten und stellten dem Kabinett das Mißtrauensvotum aus, welches indessen abgelehnt wurde. Aber auch dem Außenminister Treviranus würde ein solches Mißtrauensvotum gestellt, über welches man zur Tagesordnung überging, statt ihn mit Hilfe der Sozialdemokratie zu stützen. Hier erscheint es uns doch, ein wenig des Guten zu viel getan, denn dieser Mann ausgerechnet wurde die Sozialdemokratie im Kabinett Brüning gehalten wird. Über welche Gesichtspunkte immer für die Sozialdemokratie hierbei maßgebend waren, sie sollte im Falle Treviranus zeigen, daß sie nicht geneigt ist, diese Politik der Abenteuer mitzumachen, die gerade von diesem Minister ausgeht.

Die Debatten im Reichstag haben bewiesen, daß die Konsolidierung im Reich vor sich geht, und daß man nicht gewillt ist, gegen den Reichstag zu regieren. Die Abgabe des Zentrums an die Nationalsozialisten und auch die Deutschnationalen, war so klar und offen, daß ihnen die Lust vergehen wird, ihre Experimente des dritten Reichs noch zu versuchen.

Der Kampf, der in den letzten Wochen in Deutschland ausgetragen wurde, war die Entscheidung, ob mit dem Reichstag oder mit Experimenten regiert werden soll. Die Entscheidung ist zunächst für den Parlamentarismus gefallen, man entschloß sich schweren Herzens, in Kreisen des deutschen Bürgertums, der Richtung der Sozialdemokratie zu folgen, denn ohne die Stimmen der Sozialdemokratie für das Kabinett Brüning war es ungewiß, wohin der Weg gehen soll. Das Zentrum hat eingesehen, daß die Gefolgschaft mit den Rechtskreisen letzten Endes auch zu seiner eigenen Vernichtung führen muß. Nun wurden auch strafere Geschäftsordnungsparagrafen für die Verhandlungen im Reichstag geschaffen und damit der parlamentarische Boden gefestigt, um dem Klamauk ein Ende zu machen, der sich heute so oft auf dem Boden des Reichstages abspielt. Ein Schritt weiter zur Festigung der Reichspolitik, die nur dann auf Achtung vor dem Ausland rechnen darf, wenn sie selbst in ihrem Hause Ordnung schafft. Die deutsche Politik muß einen festen Weg gehen, wenn sie auf weite Sicht ihre Pläne durchführen will. Nun hat sich auch der Reichsaußenminister zu einer männlichen Rede entschieden, die den Katastrophenpolitikern eine Lehre erteilt, daß, trotz des Geschreis, an der Erfüllungspolitik festgehalten wird. Genf war eine Lehre fürs Reich, daß es Vertrauen werden kann, wenn es sich entscheidet, jene Politik zu treiben, die die Sozialdemokratie seit dem Zusammenbruch befolgt hat, obgleich sie bei den Massen unpopulär war. Auch der Reichkanzler mußte sich dazu bekennen, daß Unpopularität nicht davon abhalten darf, einen klaren Weg einzuschlagen, der allein Deutschlands Gesundung herbeiführen kann.

—II—

USA. will die Ausländer so schnell als möglich loswerden. Wie Reuters meldet, hat Präsident Hoover den Bundeskongress um die Bewilligung von weiteren 500 000 Dollar für das Auswanderungsbüro ersucht, damit dieses die Deportierung lästiger Ausländer beschleunigen könne.

Nach der nationalen Blamage in Deutschland.

Berlin, 11. Februar. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ der Deutschen Volkspartei schreibt zu dem Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag, daß er ein Rückzug von parlamentarischen Verstrickungen und ein kluger Schachzug Hitlers sei, der die Gefahr erkannt habe, daß seine junge Parlamentsgarde sich im Parlamentarismus hätte festlaufen und dabei in ihrer ganzen sachlichen Unzulänglichkeit bloßstellen können. Die verschärfte Geschäftsordnung sei nur äußerlich zum Anlaß genommen für diesen guten Theaterzug. Die indessen erscheinende nationalsozialistische „Nationalzeitung“ behandelt die Angelegenheit unter der Überschrift „Ein folgenschwerer Schritt“ und sagt, die Waffe der parlamentarischen Opposition sei durch die verfassungsändernde Geschäftsordnungsreform stumm und unbrauchbar geworden. Die Nationalsozialisten tauschten sie dann gegen die schärfere und ebenso legale Waffe des Kampfes im Volke gegen den Reichstag aus. Dieser Kampf müsse ein Volksbegehren zur Reichstagsauflösung zum Ziele haben. Zu der Veranlassung des Auszuges der Rechtsopposition bemerkt der „Thüringer Landvolk“, das Organ des Reichsparteiführers der Landvolkpartei Höfer, daß die bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und damaligen Völkischen, nach Brechung der roten Herrschaft in Thüringen im Jahre 1923 eine verschärfte Geschäftsordnung erlassen hätten, in der sich viel von dem findet, was jetzt auch im Reichstag eingeführt worden ist. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen hätten in Thüringen alle die Schritte mitgemacht, die sie jetzt im Reichstag verdammen. Die Landvolkpartei habe diese Inkonsequenz nicht mitmachen können und daher jetzt im Reichstag nicht zur Opposition gehört.

Berlin, 11. Februar. Der Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen wird vom „Vorwärts“ als Klucht nach der Niederlage bezeichnet. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einer Kriegserklärung auf Widerruf und nennt die Taktik der Kommunisten klüger und geschickter. Der „Börseurier“ bezeichnet die Klucht der Opposition als einen bedauerlichen politischen Schildbürgerstreich. Die „Deutsche allgemeine Zeitung“ fragt, welches das Ziel dieser Aktion sei. Die „Börsezeitung“ gibt dem Verständnis für die Erregung der Rechtsopposition Ausdruck, bezweifelt aber, ob der Auszug aus dem Reichstag opportun im Interesse von Wählerschaft und Nation sei.

Oldenburg, 11. Februar. In einer Versammlung der deutschnationalen Volkspartei Oldenburg machte am Dienstag der Reichstagsabgeordnete Stubendorff im Zusammenhang mit dem Auszug der Rechtsparteien aus dem Reichstag die Mitteilung, daß die nationale Opposition in Kürze ein Rumpfparlament aufzumachen beabsichtige.

Die Landvolkpartei weist die Abkürzungen von sich.

Berlin, 11. Februar. Die Erklärung des Abg. Dr. Wendhausen von der Landvolkpartei am 10. Februar im Reichstag und der Auszug seiner Freunde aus dem Sitzungssaal gemeinsam mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen veranlaßte den Vorstand der Landvolkpartei am Mittwoch dazu Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand stellte fest, daß das deutsche Landvolk an die heutige Regierung nicht gebunden sei. Seine Opposition sei eine sachliche, aber nicht eine solche um jeden Preis. Im Rahmen der sachlichen Opposition liege es, Maßnahmen auch der derzeitigen Regierung zu unterstützen, die die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung betrafen. Von den drei Abgeordneten wurde hierauf verlangt, daß sie sich den Beschlüssen des Parteivorstandes grundsätzlich fügen und außerdem an den Reichstagsverhandlungen teilnehmen sollen. Da die Abg. Dr. Wendhausen, Sybel und Sieber erklärten, sich den Beschlüssen des Parteivorstandes nicht fügen zu können, stellte der Parteivorstand fest, daß damit die drei Abgeordneten sich selbst außerhalb der Reichstagsfraktion und der Partei gestellt hätten.

Mißtrauensantrag gegen Dr. Curtius abgelehnt.

Berlin, 11. Februar. Der Reichstag hat am Mittwoch abend den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius mit 255 gegen 87 Stimmen der Kommunisten und des Landvolkes bei 29 Enthaltungen der Wirtschaftspartei und der Volksnationalen abgelehnt. Damit war auch der Mißtrauensantrag des Landvolkes gegen den Außenminister erledigt.

Das Haus beschloß ferner, über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen Dr. Curtius zur Tagesordnung überzugehen, da ja die Antragsteller selbst nicht einmal anwesend seien.

Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag 15 Uhr festgesetzt. Es soll dann auch ein Zentrumsantrag zur Abstimmung gebracht werden, über die rechtlichen Anträge der nichtanwesenden Oppositionsparteien der Rechten zur Tagesordnung überzugehen.

Deutscher Reichstag gegen Kriegsschuldlüge.

Berlin, 11. Februar. Im Reichstag haben die Abgeordneten Dauch-Hamburg (Deutsche Volkspartei) und Perltiu (Zentrum) folgende Entschließung zur Kriegsschuldfrage eingebracht:

„Der deutsche Reichstag lenkt erneut die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die schwere

Beeinträchtigung der Gedanken des Friedens und der Verständigung durch das Kriegsschuldurteil des Versailler Vertrages. Deutschland hat unter Zwang den Vertrag unterzeichnet, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Das im Art. 231 ausgesprochene einseitige Schuldurteil ist nur geeignet, das Vertrauen unter den Völkern, das für den wahrhaftigen Frieden erforderlich ist, dauernd zu beeinträchtigen. Die restlose Aufklärung der Vorgänge, die zum Weltkrieg führten, auf der Grundlage wahrheitsuchender historischer Forschung ist daher dringend erforderlich. Deutschland fordert aus diesem Grunde zur Beseitigung des einseitigen den historischen Tatsachen nicht entsprechenden Kriegsurteils, wie es im Art. 231 im Versailler Vertrag zum Ausdruck kommt, die Bildung eines internationalen Ausschusses von unparteiischen Sachverständigen, der allein ein objektives Urteil über die Vorgänge abgeben kann, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben. Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, alle ihr möglichen Schritte zu tun, um diese Forderung durchzuführen.“

Frankreich ist mit der Rede Fr. Curtius nicht zufrieden.

Paris, 11. Februar. Die Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius wird von den Blättern je nach ihrer politischen Einstellung verschieden beurteilt. Während die nationalsozialistische Presse besonderen Wert auf die verschiedenen Vorbehalte und Revisionsandeutungen legt, unterstreichen die linksgerichteten Blätter den ehrlichen Willen Deutschlands, an einer Befriedung Europas mitzuarbeiten. An der Spitze der Unzufriedenen steht wie immer das „Echo de Paris“, das aus den Ausführungen Dr. Curtius' die Schlussfolgerung zieht,

Deutschland setze den leidenschaftlichen Revanchekrieg fort.

Die Methode, die es dabei anwende, bestände darin, sich so lange wie möglich des Völkerverbundes zu bedienen und erst dann zu anderen Mitteln zu greifen, wenn diese Hilfsquelle vollkommen erschöpft sei. Die Offenheit, mit der der Reichsaußenminister gesprochen habe, grenze direkt an Zynismus. Briand sei schlecht für seine Bemühungen belohnt, Deutschland die Gewährung der Bankkredite zu ermöglichen. Der „Figaro“ sieht in den Erklärungen Dr. Curtius' ebenfalls die Forderung auf absolute Gleichheit auf allen Gebieten. Seine Rede verlange eine Antwort und es sei zu wünschen, daß sie entsprechend ebenso klar und unzweideutig werde, wie die Forderungen, die der Reichsaußenminister gestellt habe. Der „Petit Parisien“ unterstreicht, daß die Rede des Dr. Curtius zwar nichts Neues enthalte, sie zeichne sich aber durch den besonderen Nachdruck aus, den der Reichsaußenminister auf die einzelnen Forderungen legte und der sicherlich nicht geeignet sei, die deutsch-französischen Beziehungen zu fördern. Man werde in Berlin sicherlich wieder behaupten, daß die Ausführungen für innerpolitische Zwecke bestimmt gewesen seien. Das ändere aber nichts an der Tatsache, daß sie in dem Land, dessen Hilfe Deutschland heute am nötigsten brauche, einen sehr ungünstigen Eindruck machten. Das links gerichtete „Deuvre“ stellt lediglich fest, daß Deutschland wegen der Locarnopolitik auch diejenige von Kapallo fortzusetzen wünsche. Es wendet sich zugleich gegen die französischen Schwarzseher, die sich sicherlich an die eine oder andere Erklärung festklammern würden, um zu behaupten, daß Deutschland die ganze Frage der Annäherungspolitik aufs Spiel gesetzt habe. Die „Ere Nouvelle“ schreibt, die Andeutungen über die deutsch-französischen Beziehungen ließen klar erkennen, daß Deutschland den Revisionsgedanken nicht fallen gelassen habe. Immerhin lasse die Vorsicht, mit der sich der Reichsaußenminister ausdrückt habe, erkennen, daß er die Frage selbst für äußerst heikel halte. Das Blatt behauptet, daß eine Revision eine Atmosphäre der Unstetigkeit in ganz Europa heraufbeschwören würde. Der sozialistische „Populaire“ verzichtet auf eine Besprechung der Rede Dr. Curtius' und sieht das Hauptereignis des Tages in dem geschlossenen Auszug der Nationalsozialisten und der Gruppe Eugenberg aus dem Reichstag. Das Blatt glaubt nicht, daß die beiden Oppositionsparteien irgendeinen Vorteil aus ihrer Handlung ziehen könnten. Im Gegenteil, sie seien weit davon entfernt, das republikanische Regime zu bedrohen.

Das polnische Schulwesen in Deutschland.

22 polnische Schulen im Kreise Flatow.

Den Bestrebungen des „Polnischen Schulvereins“ ist es gelungen, in kurzer Zeit im Kreise Flatow (Grenzmark) 22 polnische Schulen zu errichten, in denen von 34 Lehrern 868 Kinder unterrichtet werden. Den polnischen Schulen stehen nur 70 deutsche Volksschulen mit 5053 Kindern gegenüber. Außerdem bestehen im Kreise acht polnische Kindergärten für vor- und nachschulpflichtige Kinder, während nur vier deutsche Kindergärten vorhanden sind.

Der neue deutsche Gesandte.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die deutsche Regierung dem deutschen Reichspräsidenten die Ernennungsurkunde für den neuen deutschen Gesandten in Warschau, Herrn Dr. Adolf von Mostke, zur Unterschrift überreicht. Die Unterzeichnung der Urkunde und die Ankunft des neuen deutschen Gesandten in Warschau ist für die aller nächste Zeit vorgesehen.

Tagesneuigkeiten.

Wichtig für Arbeitslose!

Registrierung für die außerordentliche Unterstützung für Februar.

Das Erwerbslosentamt des Magistrats gibt allen Interessierten bekannt, daß die Entgegennahme der Anmeldungen von arbeitslosen körperlichen Arbeitern für die außerordentliche staatliche Unterstützung und die städtische Kohlenbeihilfe für den Monat Februar Montag, den 9. Februar begonnen hat.

Die Entgegennahme der Anmeldungen findet im Lokale in der 28. Pulkow Strzelcow Kaniowski Nr. 32 in der Zeit von 9 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags statt, und zwar in folgender Reihenfolge:

- Donnerstag, den 12. Februar, Buchstaben M, N, O.
Freitag, den 13. Februar, Buchstaben P, R, S.
Sonabend, den 14. Februar, Buchstaben T, U, W, Z.

Mitzubringen sind: der Personalausweis oder ein anderes amtliches Dokument, die Legitimation des Arbeitsvermittlungsamtes, worin der Registrierungsnummer oder der Kontrollstempel für November und Dezember enthalten ist, sowie das Krankenassenbuch.

Die Forderungen der Straßenbahner.

Wir berichteten gestern darüber, daß der Verband der Angestellten der Lodzzer elektrischen Straßenbahn an die Direktion eine Reihe von Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gestellt hat. Diese Forderungen sollten von seiten der Direktion bis zum 13. Februar beantwortet sein. Während der Verhandlungen zwischen der Direktion und der Abordnung der Straßenbahner stellte es sich heraus, daß die Erledigung der Forderungen seitens der Direktion Direktor King übertragen worden ist, der gegenwärtig auf Urlaub weilt und somit die Angelegenheit bis zum 13. Februar nicht erledigt werden kann.

Der Beschäftigungsgrad in der Großindustrie.

Auf Grund von Angaben des Verbandes der Textilindustrie in Polen stellt sich der Beschäftigungsgrad in den diesem Verbände angeschlossenen Betrieben in der Zeit vom 26. Januar bis 1. Februar wie folgt dar: In der Baumwollindustrie waren 6 Tage in der Woche 17 Fabriken mit 11 347 Arbeitern beschäftigt, 5 Tage — 9 Fabriken mit 18 564, 4 Tage — 5 Fabriken mit 8982 Arbeitern, 3 Tage — 5 Fabriken mit 5626 Arbeitern.

— 4 Fabriken mit 1958 Arbeitern, 4 Tage — 5 Fabriken mit 2118 Arbeitern, 3 Tage — 3 Fabriken mit 372 Arbeitern. Stillgestanden haben 8 Fabriken.

Der neue Engrospreis für Zündhölzer.

Mit Rücksicht auf die am 31. Januar d. Js. erfolgte Veröffentlichung des Zündholzmonopolgesetzes und in Anbetracht dessen, daß das neue Zündholzmonopolabkommen in Kraft getreten ist, beträgt vom 1. Februar d. Js. ab der Großhandelspreis für eine Kiste Zündhölzer frei sämtlicher Empfangsstationen bei einer Abnahme von 100 Kisten 421 Floth, bei kleineren Mengen 436 Floth je Kiste.

Ein neuer Verband: „Vereinigung polnischer Seidenstofffabriken“.

Die bisher beim Landesverbande der Textilindustrie bestehende Sektion der Seidenstofffabrikanten hat sich vor einigen Tagen als „Vereinigung polnischer Seidenstofffabriken“ abgegliedert.

Ministerielle Abfuhr für die Lodzzer N. P. R.-Linie.

Kann ein Magistratschöffe gleichzeitig Zeitungsverleger sein? — Das Ministerium antwortet: Ja.

Vor einiger Zeit glaubten Hezer von der N.P.R.-Linie der „Lodzzer Volkszeitung“ und zugleich des Schöpfers der Steuerabteilung des Magistrats, Gen. Ludwig Kut, der gleichzeitig als Verleger unserer Zeitung zeichnet, ein ausweichen zu können, indem sie in einer Stadtratssitzung die Behauptung aufstellten, daß Gen. Kut als Magistratschöffe und gleichzeitig Verleger der „Lodzzer Volkszeitung“ an diese keine Aufträge erteilen könne.

Das Ministerium hat nunmehr in dieser Angelegenheit folgende Interpretation bekanntgegeben: Auf die Anfrage eines Wojewodschaftsamtes, ob ein Magistratschöffe, der gleichzeitig Leiter einer Magistratsabteilung und Verleger einer Zeitung, die Anzeigen dieser Abteilung erhält, ist, das Amt eines Schöpfers im Hinblick auf die Bestimmungen des Artikels 17 des Dekrets vom 4. 2. 1919 bekleiden kann, erklärt das Innenministerium folgendes: Im gegebenen Falle tritt, nach Ansicht des Innenministeriums, zwischen dem Schöpfen als Zeitungsherausgeber und der Gemeinde kein rechtliches Verhältnis nach Art. 17 des Dekrets über die städtischen Selbstverwaltungen vom 4. Februar 1919 (D. P. P. Nr. 13, Pos. 140) ein.

Hoffentlich schreibt sich die N.P.R.-Linie diese Zurückweisung gut an und ist künftighin bei Verbreitung gemeiner Verdächtigungen etwas vorsichtiger.

Gründung einer polnisch-portugiesischen Auswanderungsgesellschaft.

Hat die Madeirareise Marshall Pilsudskis hierzu beigetragen?

Das Lodzzer staatliche Arbeitsvermittlungsammt wurde unlängst von der Gründung einer polnisch-portugiesischen Auswanderungsgesellschaft benachrichtigt, die sich mit der Förderung der polnischen Auswanderung nach den portugiesischen Kolonien in Afrika, Angola, befaßt wird. Die Gesellschaft hat sowohl in Polen als auch in Portugal besondere nationale Komitees gebildet und verfügt bereits jetzt über ein Kapital von 2 000 000 Dollar.

Es sei hierbei daran erinnert, daß Marshall Pilsudski von der portugiesischen Regierung mit großen Ehrenbezeugungen aufgenommen wurde. Wir wollen vorläufig noch keinen Zusammenhang zwischen der Madeirareise des Marschalls und der polnischen Auswanderung nach Afrika sehen. Es fällt aber auf, daß dieses „Exportyndikat für polnische Auswanderer“ ausgerechnet jetzt entstanden ist, da Pilsudski auf der portugiesischen Insel Madeira weilt.

Aus der Gerbereiindustrie.

Im Jahre 1928 waren in Polen 1296 Gerbereien in Betrieb, die 9541 Arbeiter beschäftigten. 80 Prozent dieser Fabriken beschäftigten nur fünf Arbeiter, während ungefähr weitaus 8 Prozent nur 20 Arbeiter beschäftigten. Dies führt zu einer schädlichen Zersplitterung dieser Industrie. Eine Besserung schreitet nur langsam vorwärts. Für die Schädlichkeit dieses Zustandes verdient als kennzeichnend hervorgehoben zu werden, daß in den Vereinigten Staaten nur 494 Gerbereien in Betrieb sind, die mit Rücksicht auf ihre Produktion und Leistungsfähigkeit die polnischen Gerbereien übertreffen. In Deutschland, wo die Gerbereien noch mehr zersplittert waren, wie gegenwärtig in Polen, erfolgte eine schnelle Besserung. Vom Jahre 1882 bis zum Jahre 1925 ist dort die Zahl der Gerbereien von 10 269 auf 2712 zurückgegangen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg in demselben Zeitraum von 45 000 auf 61 400.

Tollmutverdächtig.

Da in den letzten Tagen wiederholt Fälle vorgekommen sind, wo Personen von angeblich tollwütigen Hunden gebissen wurden, werden alle diese Personen aufgefordert, sich in der zuständigen Sanitätsabteilung zu melden, wo ihnen Gegenmittel verabfolgt werden.

Der heutige Nachtdienst der Apotheken.

S. Jankelewicz, Alter Ring 9; J. Stedel, Limanowski 37; B. Gluchowski, Narutowicza 4; St. Hamburg u. Co., Glonna 50; L. Pawlowski, Petrikauer 307, A. Piotrowski, Pomorska 91. (p)

Vier Kerzen, aber nur eine Liebe. ROMAN VON HANS MITTEWEIDER. Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

Ohne noch etwas zu sagen, ging Jochen in das Haus und die Treppe hinauf. Was die beiden miteinander auszumachen hatten, durfte ihn nicht kümmern. Er war aufgeregt und doch auch müde, und nachdem er sich entkleidet und aufs Bett geworfen hatte, brauchte er nicht lange zu warten, bis der Schlaf über ihn herfiel, aus dem er erst erwachte, als die Sonne ihm ins Gesicht schien. Er hatte keine Uhr mehr; aber nach dem Stand der Sonne berechnete er, daß es gegen vier Uhr sein mochte, und so erhob er sich, nahm seine Jacke über den Arm und die Schuhe in die Hand. Nun hatte er doch vergessen, sich Stiefel zu kaufen, und mußte am Abend noch einmal nach dem Städtchen. Leise ging er die Treppe hinunter und wusch sich am Bache, der unweit vom Häuschen ins Tal eilte. Dann setzte er sich auf einen Stein und rauchte ein Pfeifchen. Herrlich war es hier, so friedlich und still, und doch hatte das Glend auch hierher den Weg gefunden. Wer konnte wissen, was hier noch auf ihn wartete! Da sah er den blauen Rauch eines Holzfeuerz aus der Esse steigen und kehrte zu dem Häuschen zurück. Leise ging er nach der Küche, aus der gedämpfte Geräusche erklangen; aber in der offenen Tür blieb er stehen und zog sich ebenso leise zurück, wie er gekommen war. Am Herde hatte er Mile erblickt, im Unterrock und Hemd, mit bloßen Füßen, und er wußte, daß sie erschrocken wäre, wenn er zu ihr getreten. So nahm er auf der Bant Plaz, und taum sah er dort, da kam auch schon Mutter Kreher heraus und stuzte ein bißchen; aber dann grüßte sie freundlich und setzte sich zu ihm. „Ja, die liebe Sonne!“ sagte sie. „Die läßt einem nicht schlafen, und schon ist es früh — ach!“

„Wunderschön, Mutter! Es litt mich nicht im Bett. Wie geht es dem Emil?“ „Er hat geschlafen.“ „Dann ist es gut; aber heute wird das Fieber kommen. Es wird ein schwerer Tag.“ „Ja, ja, der Doktor sagte es auch. Er kommt zeitig.“ Beide schwiegen darauf, bis sich die Alte endlich erhob. „Ich will der Mile sagen, daß Sie auf sind. Sie werden Hunger haben.“ „Freilich, Mutter! Aber ich will hier speisen.“ Sie nickte und ging. Nach einer Weile kam Mile in dem Kleide, das sie tags zuvor getragen hatte, stellte Suppentopf und Teller vor ihn hin, freundlich grüßend und leicht errötend, und nun erst musterte Jochen sie. Hatte er sie gestern für höchstens sechzehn Jahre alt gehalten, so wußte er jetzt, daß sie älter war, seit er sie vorher in der leichten Kleidung gesehen hatte. Das weiße Oberkleid verbergte ganz die sich rundenden Formen; das Gesicht war zart wie Hände und Füße, und das lichtblonde Haar funkelte in der Sonne. Diese Mile war eine holde Waldblume, in der Einsamkeit erblüht, und unwillkürlich fragte sich Jochen, wer sie wohl einst brechen würde. Da sie wieder ins Haus gegangen war, löffelte er seine Suppe aus, schwenkte Napf und Teller im Bache rein, stellte beides auf die Bank und wanderte seiner Arbeitsstelle zu. Dort war noch alles still; nur der Plazmeister frante in seiner Hütte herum und machte große Augen, als der Neue nun zu ihm trat und ihm einen „Guten Morgen!“ wünschte. „Sie dürfen aber noch nicht anfangen, Vendemann“, sagte er. „Sie! Du heißt es, Meile!“ „Na ja, na ja! Aber es fällt mir schwer bei dir — du kannst es mir glauben. Du gehörst doch nicht zu uns.“ „Zu wem denn sonst?“ „Jochen Vendemann fragte es etwas ärgerlich. Ihm lag nichts daran, aufzufallen.“

„Wie du denkst!“ murmelte Meile nachgiebig. „Die Frau Baronin sagte es auch. Uebrigens weißt du, wenn du gelogen hast —“ „Jah? Jah lüge —“ „Nei, hatte er sagen wollen; aber er merkte, daß er rot wurde, und schwieg daher. „Siehste!“ sagte Meile lachend. „Und deswegen will ich dich warnen. Du hast doch von Amerika geredet, nicht wahr? Weißt du denn, daß die Frau Baronin von drüben ist? Und sie hat eine Schwester mitgebracht; die kann überhaupt noch nicht Deutsch. Da habe ich gehört, wie der Baron sagte: du würdest dich freuen, wenn du deine Sprachkenntnisse wieder auffrischen könntest — und wenn du nun nichts verstehst —“ Jochen Vendemann lachte hell auf, schon deswegen, weil Meile sich bemühte, hochdeutsch zu sprechen, was ihm aber nur halb gelang. „Du lachst? Du, was die Schwester ist, die versteht keinen Spaß!“ „Sie mag nur kommen! Wenn sie mich anspricht, werde ich ihr antworten.“ „Du warst wirklich drüben?“ „Und ob!“ „Da ist es ja gut! Und nun will ich pfeifen!“ Meile stand sichtlich erleichtert auf und gab das Zeichen, das die Arbeiter vom Lager aufschreckte. Einer nach dem anderen kamen sie aus der Baracke und gingen nach der Kantine, aus deren Esse schon lange der Rauch kerzengerade in den klaren, blauen Himmel stieg. Keiner dachte daran, sich erst zu waschen. Viele taten es auch nachher nicht. Nur einige benehten am Bache das Gesicht und rieben es mit einem Lappen trocken. Jochen Vendemann besah sie sich später und verstand allerdings dabei manches. Es hatte wohl nicht viel Zweck, wenn die Leute sich in dem kalten Wasser wuschen. Sie konnten das Pech und das Harz ja doch nicht entfernen. Dazu gehörte mehr, und erst in der folgenden Zeit lernte er an sich selber kennen, daß eine solche Kruste sich nur mit Terpentinöl lösen läßt. (Fortsetzung folgt.)

Die große Pleite.

Arbeitsreduzierung in den Eisenbahnwerkstätten.

Die wirtschaftliche Pleite der Sanacjaregierungen greift unaufhaltsam um sich. Besonders die Eisenbahn, dieses Thermometer des Wirtschaftslebens des Landes, weist immer größere Rückgänge der Einnahmen auf, so daß das Verkehrsministerium zu tief einschneidenden Einschränkungen greifen muß. Nachdem bekanntlich erst vor einiger Zeit viele Tausende von Eisenbahnarbeitern wegen Arbeitsmangels entlassen wurden, ist nunmehr bereits eine weitere Einschränkung erfolgt, indem vom Verkehrsministerium eine Reduzierung der Arbeitszeit in den Eisenbahnwerkstätten angeordnet wurde. Und zwar werden die Eisenbahnwerkstätten an einem Tage in der Woche, Sonnabend, stillgelegt, so daß nur an fünf Tagen gearbeitet werden wird. Diese Verfügung tritt am 21. Februar in Kraft. Ausgenommen sind von dieser Reduzierung die Eisenbahnwerkstätten in Warschau und Brzostow.

Sensationelle Verhaftung im plombierten Waggon.

Der weißrussische Abgeordnete Taraszkiewicz, einer der Mitangeklagten im Bromada-Prozeß, der auf Grund der Amnestie vor einigen Monaten begnadigt worden war, hatte bald darauf in Danzig Wohnung genommen. Vor einigen Tagen reiste er aus Danzig in einem Expresszuge, und zwar in einem plombierten Waggon nach Dirschau ab, angeblich, um sich nach Riga zu begeben. In Dirschau hat der Zug einen Aufenthalt von vier Minuten. In dieser Zeit nahm der diensttunende Polizeikommissar eine Revision der Dokumente der Passagiere vor. Abg. Taraszkiewicz, den der Polizeioffizier kannte, gab an, er sei ein Tscheche. Die Unterhaltung wurde in deutscher Sprache geführt. Trotzdem forderte der Kommissar die Vorzeigung der entsprechenden Dokumente und bat den Passagier, ihm auf die Polizeiwache zu folgen, was dieser auch tat. Bei der Leibesvisitation fand man bei ihm Dokumente, aus deren Inhalt hervorging, daß Taraszkiewicz durch den Komintern nach Moskau berufen wurde, um in Weißrußland Diversionen zu organisieren.

Unter starker polizeilicher Bedeckung wurde Taraszkiewicz nach Warschau transportiert. Man rechnet mit noch weiteren Revisionen und Verhaftungen.

Die Regierungsbildung in Estland.

Reval, 11. Februar. In Estland wird sich die neue Regierung Paets dem Parlament morgen vorstellen. Die bürgerlich-sozialistische Koalition, auf die sich die Regierung stützt, hat im Parlament 61 von insgesamt 100 Mandaten. Der Ministerpräsident ist nach der estnischen Verfassung zugleich Staatspräsident.

Konservativer Mißtrauensantrag gegen die Arbeiterregierung.

London, 11. Februar. Das Unterhaus behandelte heute den Mißtrauensantrag der Konservativen. Hierin wird der Arbeiterregierung das Mißtrauen wegen der dauernden Erhöhungen der öffentlichen Ausgaben ausgesprochen. Ein liberaler Abänderungsantrag fordert einen Untersuchungsausschuß für die Finanzpolitik der Regierung. Finanzminister Snowden wandte sich scharf gegen den konservativen Mißtrauensantrag. Wenn man ihm, so jagte Snowden, einen Vorwurf daraus mache, daß er die Steuern um 800 Millionen Mark erhöht habe, so könne er nur erwidern, daß diese Steuererhöhung notwendig geworden sei durch die Verschuldung früherer Regierungen. Gegen den liberalen Abänderungsantrag, so erklärte Snowden weiter,

habe er nichts einzuwenden, wenn er auch nicht glaube, daß bei einem solchen Untersuchungsausschuß viel herauskomme. Snowden betonte, daß die finanzielle Lage Englands sehr ernst sei. Durchgreifende und unpopuläre Maßnahmen seien nötig, wenn das Gleichgewicht im Haushalt aufrecht erhalten werden sollte. Snowden führte weiter aus, daß der Staat nicht mehr in dem gleichen Ausmaß wie bisher Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stellen könne. Diese Frage müsse geregelt werden im Einvernehmen mit sämtlichen Parteien des englischen Parlaments.

Macdonalds Stellung gefestigt.

London, 11. Februar. Am Dienstag hat zwischen Lloyd Georges und Macdonald eine zweieinhalbstündige Besprechung stattgefunden, die der Aufräumung verschiedener Hindernisse bei der Zusammenarbeit von Liberalen und Arbeiterparteiern galt. In der Presse wird übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß durch die genannte Besprechung die Schwierigkeiten beseitigt worden seien, die durch einen liberalen Antrag über die Arbeitslosigkeit hätten entstehen können. Die Arbeiterpartei werde das von den Liberalen beantragte Notstandsprogramm gutheißen. Das Ergebnis der Besprechung, das allgemein als eine Kompromißlösung angesehen wird, dürfte dazu beitragen, die Stellung der Regierung Macdonald zu verstärken. Jrgendwelche Gefahr für die Regierung bei der Aussprache über den liberalen Antrag am Donnerstag ist nicht vorhanden.

Amerika verbietet Holzeinfuhr aus Rußland.

Washington, 11. Februar. Das Bundesstaatsamt verhängte den Einfuhrbann gegen nordrussische Hölzer und Holzwaren und erklärte, daß sich der Beschluß auf ausreichendes Beweismaterial über die Zwangsarbeit in den sowjetrussischen Holzlagern stützt. Die Importeure sowie die russische Handelsvertretung werden wahrscheinlich hiergegen Einspruch erheben und eine gerichtliche Entscheidung beantragen.

Belebung an der New Yorker Börse.

New York, 11. Februar. Die am Montag begonnene Aufwertungsbeziehung an der New Yorker Börse nahm am Dienstag ihren Fortgang. Der Aufwertungschwung wurde hauptsächlich durch spekulative Deckungsmanöver und zunehmende Publikumskäufe veranlaßt. Der Tagesumsatz war mit 4,8 Millionen Aktien der lebhafteste in den letzten drei Monaten. Die Aktienpreise stiegen durchschnittlich um 3 bis 6, Spezialitäten sogar um 14 Punkte. Silber, Baumwolle und Getreide gewannen gleichfalls. Terminweizen in Chicago erreichte den höchsten Preis seit zwei Monaten.

Schiffskapitän wird wahnsinnig. Während der Fahrt des norwegischen Dampfers „Rivaried“ wurde dessen Kapitän plötzlich wahnsinnig, bedrohte die Besatzung und verwundete den ersten und den zweiten Offizier. Es gelang ihn zu überwältigen.

3000 Bergleute verschüttet.

Großes Bergwerksunglück in der Mandschurei.

London, 12. Februar. In den Fuhunbergwerken in der Mandschurei hat sich, chinesischen Meldungen zufolge, eine furchtbare Explosion ereignet, durch die der größte Teil der aus 3000 Bergleuten bestehenden Belegschaft verschüttet wurde. Obwohl die Rettungsarbeiten sofort einsetzten, befürchtet man doch, daß viele Menschen ihr Leben verloren haben. Bisher konnte nur eine geringe Anzahl von Bergleuten geborgen werden.

Peking, 11. Februar. Wie aus Mufden gemeldet wird, sind aus dem Unglücksort in Fuhun in der Mandschurei bisher 34 Leichen geborgen worden. Die Meldungen, daß bei der Bergwerkskatastrophe mehrere tausend Arbeiter lebend eingeschlossen worden seien, werden amtlicherseits noch nicht bestätigt.

Die Donau in Rumänien aus den Ufern getreten.

Bukarest, 12. Februar. Die untere Donau führt zurzeit Hochwasser, wodurch eine große Ueberschwemmungskatastrophe an der Mündung verursacht wurde. Die unmittelbar vor dem Donaudeelta liegende Stadt Wilkow ist von der Außenwelt abgeschnitten und hat telephonische Hilfe erbeten. Mehrere einhundert Häuser sind in der Stadt eingestürzt. Militärische Hilfe ist bereits nach dem Ueberschwemmungsgebiet unterwegs. Menschenverluste werden bisher nicht gemeldet. Desgleichen kommen Alarmnachrichten aus der Stadt Ismail, wo der Wasserstand der Donau um 4 Meter gestiegen ist.

Die englisch-französischen Verhandlungen über die Flottenaufrüstung sind gestern in Paris wieder aufgenommen worden.

Aus Welt und Leben.

Ärztliche Beratung durch Funkdienst.

Berlin, 10. Februar. Die deutsche Reichspost hat für außergewöhnliche Fälle einen Funknachrichtendienst zur ärztlichen Beratung der Seeschiffe ohne Schiffsarzt bei der Küstenfunkstelle Elbe-Wejer-Radio in Cuxhaven eingerichtet.

Maskierte Räuber überfallen Personenzug.

Budapest, 11. Februar. „Donaupost“ meldet aus Bukarest: Bei Schulina wurde ein Personenzug von maskierten Räubern angehalten und die Fahrgäste wurden ausgeplündert. Die Räuber erbeuteten ungefähr 320 000 Lei in bar und eine ganze Anzahl wertvoller Gepäckstücke. Verletzt wurde von den Reisenden niemand.

Der Sarg des Banditen kostet 50 000 Dollar.

New York. Der Bandit Cantane, der vor einigen Tagen von unbekanntem Männern erschossen worden war, ist mit großem Pomp in Manhattan zu Grabe getragen worden. Die Leiche ruhte in einem Sarg, der 50 000 Dollar gekostet hat. Bierzig Automobile waren notwendig, um die Kranzpenden aufzunehmen. Fast sämtliche Angehörige der Unterwelt folgten in fünfundachtzig Automobilen.

Die griechische Regierung hat die englische Vermittlung zur Beilegung des griechisch-bulgarischen Zwischenfalles angenommen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Heite. Herausgeber Ludwig Auf. Druck «Prasa». Łódź, Petrikauer 101

Männergefängnisverein „Concordia“ Łódź



Am 14. Februar d. J. findet in den Sälen unseres Vereinsheims, Główna 17, der diesjährige traditionelle **Maskenball**

im Zeichen „Mit Heidelberg“ statt.

Die Herren Mitglieder nebst werten Angehörigen sowie Freunde und Gönner unseres Vereins ladet herzlichst ein **Die Verwaltung.**

Ballmusik: Blasorchester A. Thoutfeld.
In den Zwischenpausen Konzert-Gesang im Garten der Studentenkneipe. Die schönsten und originellsten Masken werden prämiert.
Eintrittskarten sind im Vorverkauf täglich von 8 bis 10 Uhr abends im Vereinslokale, Główna 17, erhältlich.



Sportverein „RAPID“.

Am Sonnabend, den 14. Februar 1931, findet in den jetzt eigenen Räumen an der Karolowka 9 eine

Einzugsfeier

statt, zu dem wir alle Mitglieder und Gönner unseres Vereins höflich einladen. Einladungen werden versandt und können auch persönlich aus dem Galanteriegeschäft E. Scharnik, Główna 31, in Empfang genommen werden. **Die Verwaltung.**

Venerologische Heilanstalt

der Spezialärzte **Sawadzka Nr. 1**
von 8 Uhr früh bis 9 Uhr abends, Sonn- u. Feiertags von 9-2 Uhr nachm. Frauen von 11-12 u. 2-3 **Konsultation 3 Bloth.**

DOKTOR Klinger

Spezialarzt für venerische u. Haut-Haarkrankheiten **Andrzejka 2, Tel. 132-28**
empfangt von 9-11 u. 5-8 und von 1-2 Uhr in der Heilanstalt Petrikauer 62.

Ein tüchtiger Heizer

mit amtlichen Zeugnissen kann sich melden bei **Adolf S. Landau's Erben**
28 p. Strz. Kantowskiej 52

Alte Gitarren und Geigen

kaufe und repariere, auch ganz zerfallene. Musikinstrumentenbauer **J. Hödne,**
Alexandrowska 64.

Deutsche Genossenschaftsbank

in Polen, A.-G. **Łódź, ul. Rejzowska 45/47, Tel. 197-84**

empfiehlt sich zur **Ausführung jeglicher Bankoperationen** zu günstigen Bedingungen;

Führung von **Spartonten in Bloth und Dollar** mit und ohne Kündigung, bei höchsten Tageszinsen.

DER KONSUM

BEI DER **WIDZEWER MANUFAKTUR** AKT. G. S.

vermeidet die kostspieligen **WEISSEN-WOCHEN-** Dekorationen, dafür findet jeder Groschen Verwendung zur Warenverbilligung.

NACHSTEHEND EINIGE BEISPIELE:

Hemdentuch
weiß, 80 Ztm., gute Qualität p. Mtr. **1.13**

Madapolam
Macco-Gewebe p. Mtr. **1.46**

Buntbatist
Macco-Gewebe p. Mtr. **1.64**

Mettal
(Nohnessel) schweres Gewebe p. Mtr. **1.05**

Damenhemd
mit Hohlsaum p. St. **2.45**

Schürzen
sehr geschmackvoll p. St. **2.70**

Herren-Sporthemd
in großer Auswahl p. St. **7.00**

Arbeiterhemd
weiß, aus haltbarem Material p. St. **3.98**

Arbeits hemd
bunt, aus haltbarem Material, waschecht p. St. **4.68**

Frachthemd
erstklassige Qualität p. St. **11.75**

Oberhemd
(Popeline) feinstes Gewebe p. St. **16.75**

Kragen
neueste Façon p. St. **1.00**

Bique-Decken
Größe 140x200 p. St. **8.35**

Tischdecken-Jacquard
140x140 in großer Auswahl p. St. **5.27**

Servietten-Jacquard
55x55 in guter Qualität p. St. **1.08**

Bettlaken
weiß, grobfädig p. St. **4.76**

Trottierhandtuch
prima Qualität p. St. **2.59**

Taschentuch
weiß, in guter Qualität p. St. **0.28**

Wischtücher
in großer Auswahl p. St. **1.40**

Staubtücher
in großer Auswahl p. St. **0.36**

Gardinenstoff
in schönen Dessins p. Mtr. **1.00**

Etamingardinen
3 teilig pro Fenster **12.75**

Wie bitten um Ihren unverbindlichen Besuch und um Besichtigung unserer übrigen reichsortierten Abteilungen.

Seidenstoff
Herrenstoff
Kleiderstoff

Wiel- und Zeitlagen-
Schuh- und Strumpf-
Damen- und Herrenkonfektion
Galanterie und Kurzwaren

Lächer
Kosmetiken und Parfümerie
Kolonial- und Lebensmittel
Geschir- und Wirtschaftsabteilung

Rokicińska 54

Zufahrt mit den
Straßenbahnen
Nr. 10 und 16.



Christl. Commisverein.

Am Dienstag, den 17. Februar d. J., um 7.30 Uhr abends, findet im eigenen Vereinslokale, Al. Kosciuszki 21, ein gemütliches

Abschiedsfest vom Karneval

statt, wozu alle Mitglieder und eingeführte Gäste herzlichst eingeladen werden.

Musik des Hausorchesters. Die Verwaltung.

Eintritt frei!

Eintritt frei!



Lodzjer Sport- u. Turnverein

Am Sonnabend, den 14. Februar, veranstalten wir im eigenen Vereinslokale, Batontna 82, einen

Breispreference-Abend

wozu wir Mitglieder und Sympathiker dieses Spieles herzlichst einladen.

Die Verwaltung.

Ueberzeugung macht wahr!

Darum wollen Sie, bevor Sie anderswo kaufen oder bestellen, sich erst beim **Tapezierer P. Welk, Sienkiewicza 18**, Front, im Laden, überzeugen. **Matrassen, Sofas, Schlafbänke, Tapczans und Stühle** bekommen Sie in feinsten und solidester Ausführung bei **wöchentl. Abzahlung v. 5 Pl. an, ohne Preiszuschlag**, wie bei Barzahlung. Der schlechten Zeit Rechnung tragend, gewähren wir eine

25% Preisermäßigung!

Zahnärztliches Kabinett

Główna 51 Sandomińska Tel. 74-93

Empfangsstunden ununterbrochen von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Ogłoszenie.

W związku z zarządzeniem Urzędu Wojewódzkiego w Łodzi **wstrzymujemy tymczasowo** komunikację autobusową na szlaku Łódź—Pabjanice z dniem dzisiejszym, aż do odwołania

ADOLF H. LACHMAN i Ska komunikacja autobusowa
Ruda — Łódź Pabjanice — Łódź.

W motywach swego rozporządzenia, iż Urząd Wojewódzki powołuje się

- 1) w ogłoszeniu z dnia 27. X. 30 r. o uruchomieniu komunikacji autobusowej na linii Łódź—Pabjanice nie zostało podane, ani szczegółowy rozkład jazdy, ani taryfa za przejazd podróźnych oraz ich bagażu, ani ilość osób, które mogą być dopuszczone w poszczególnych autobusach;
- 2) firma nie zawiadomiła z jednej strony o wstrzymaniu ruchu teź Łódź—Pabjanice, z drugiej strony o nowym uruchomieniu teź linii według pewnego rozkładu jazdy;
- 3) firma z dniem 1-go lutego b. r. samowolnie uruchomiła komunikację na linii Łódź—Pabjanice.

A zatem wobec niestosowania się do § 8 i 9 rozporządzenia z dnia 17. IV. 1929 r. (Dz. Ust. № 55 poz. 439) o ruchu na drogach publicznych autobusów służących do utrzymywania publicznej komunikacji, na mocy ustępu (2) par. 17 wyżej przytoczonego rozporządzenia, Urząd Wojewódzki — Dyrekcja Robót Publicznych — zabrania firmie utrzymywania publicznej komunikacji na linii Łódź—Pabjanice.

Od orzeczenia powyższego przysługuje firmie prawo odwołania się do Ministerstwa Robót Publicznych, które należy wnieść do tut. Urzędu w ciągu 14-tu dni od daty otrzymania niniejszego orzeczenia.

ZA WOJEWODĘ

Inż. (—) M. Kurkowski

Inż. M. Kurkowski

DYREKTOR ROBÓT PUBLICZNYCH

Motywy wyżej podane przez Urząd Wojewódzki w Łodzi, wydają się nam niezrozumiałe, gdyż w złożonym przez nas podaniu przy rejestracji autobusów naszych w Urzędzie Wojewódzkim, podany był przez nas rozkład jazdy, cena biletów za przejazdy i ilość miejsc w autobusach.

ADOLF H. LACHMAN i Ska, komunikacja autobusowa
Ruda — Łódź Pabjanice — Łódź.

Uchtung! Billiger kann es schon nicht mehr sein!
3 Photographien für Pässe, retuschiert, braun **95 Gr.**
3 Postkarten, retuschiert **31 2,95**
nur im photograph. Atelier „**Hellas**“ Andrzeja 17.
Bemerkung: Bei 6 seidenen Postkarten ein großes Porträt umsonst.

Kinder-Wagen

Metall-Bettstellen, hygienische **Folter-Matrassen**, amer. Bringmaschinen, Waschtische, Kinderstühle, Fahrräder in großer Auswahl empfiehlt zu günstigen Bedingungen

„**Dobropol**“
73 Lodz, Petrifauer 73
Telephon 158-61

Alleinstehende deutsch-sprechende Frau nimmt einen bis zwei Herren in

Logis

Zu erfragen Nawrot 49, Wohnung 16.

Zu vermieten
1 Zimmer u. Küche mit **Bequemlichkeiten**. Zu erfahren **Kilinskiego 116**, beim Hauswirt.

Dr. Heller
Spezialarzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten
zurückgekehrt
Nawrotstraße 2,
Tel. 170-89.

Empfängt bis 10 Uhr früh und 4—8 abends. Sonntag von 12—2. Für Frauen speziell v. 4—5 Uhr nachm.

Für Unbemittelte Hellantalspreise.

Theater- u. Kinoprogramm.

Stadt-Theater: Donnerstag „Panie doktorze, czy ma pan co jeść?“, Freitag „Konto X“, Sonnabend nachm. Gastspiel Stefanja Jarkowska „Dobra wróżka“

Kameral-Theater: Gastspiel Stefanja Jarkowska: Donnerstag, Freitag, Sonnabend „Roxy“

Populäres Theater: Donnerstag, Sonnabend und Sonntag „Dookoła miłości“, in Vorbereitung „Hrabia Luxemburg“

Japanisches Theater in Lodz: Sonnabend und Sonntag 3 Gastspiele der japanischen Truppe im Stadt-Theater

Casin: Tonfilm: „Die Insel der versunkenen Herzen“

Grand Kino: Tonfilm: Der Sänger der Berge

Luna: Tonfilm: „Der Jazz-König“

Splendid Tonfilm Unter den Dächern v. Paris

Przedwiośnie: „Die Straße der verdammten Seelen“